

r

Die Drittwirkung der Grundfreiheiten

Die EG-Grundfreiheiten als Grenze
der Handlungs- und Vertragsfreiheit im
Verhältnis zwischen Privaten

Von

Ted Oliver Ganten



Duncker & Humblot • Berlin

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Einleitung	15
I. Problemstellung	15
II. Begriffsklärung	21
1. EG-Grundfreiheiten	21
2. Vertikale / horizontale unmittelbare Anwendbarkeit	22
3. Drittwirkung	23
4. Unmittelbare / mittelbare Drittwirkung	26
5. Private	28
III. Rechtsfragen	29
IV. Gang der Untersuchung	32
§ 2 Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zur unmittelbaren Drittwirkung der Grundfreiheiten	33
I. Die Warenverkehrsfreiheit	34
1. Das Dansk Supermarked-Urteil (1981)	34
2. Das Van de Haar-Urteil (1984)	36
3. Das Haug-Urteil (1984)	37
4. Das Vlaamse Reisebureaus-Urteil (1987)	39
5. Das Süllhöfer-Urteil (1988)	39
6. Das Urteil gegen die Royal Pharmaceutical Society (1989)	40
7. Die Rechtsprechung zum Schütze des gewerblichen und kommerziellen Eigentums	40
8. Zusammenfassung	45

II. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit und die Dienstleistungsfreiheit	45
1. Das Walrave-Urteil (1974).	46
2. Das Donä-Urteil (1976).	47
3. Das Haug-Urteil (1984).	47
4. Die Urteile Allue I (1989) und Allue II (1993).	48
5. Das Bosman-Urteil (1995).	48
6. Zusammenfassung	49
III. Die Niederlassungsfreiheit und das Van Ameyde-Urteil, 1977.	49
IV. Weitere Urteile mit Bezug zur Drittwirkung	51
1. Das Nordsee-Urteil (1982).	51
2. Das Dubois-Urteil (1995).	52
V. Zusammenfassung	53
§ 3 Private als Adressaten der Grundfreiheiten	56
I. Auslegung des Wortlauts.	56
II. Historische Auslegung	58
III. Systematische Bedenken gegen eine unmittelbare Drittwirkung	59
1. Die mittelbare Drittwirkung der Grundfreiheiten	59
a) Der Bindungsbefehl hinsichtlich vertraglicher Vereinbarungen als Maßnahme des Mitgliedstaates	60
b) Der Richterspruch und dessen Vollstreckung als mitgliedstaatliche Maßnahme.	61
c) Die Grundfreiheiten als Schutzrechte.	64
d) Die Bestätigung des Grundsatzes der fehlenden mittelbaren Drittwir- kung durch die ausdrückliche Ausnahme des Art. 86 Abs. 1 EGV (Art. 90 Abs. 1 EGV a. F.) _____	66
e) Die Verpflichtung der Mitgliedstaaten aus Gemeinschaftstreue für die Beachtung der Grundfreiheiten unter Privaten zu sorgen.	68
(1) Art. 10 Abs. 1 S. 1 EGV (Art. 5 Abs. 1 S. 1 EGV a. F.)	69
(2) Art. 10 Abs. 1 S. 2 EGV (Art. 5 Abs. 1 S. 2 EGV a. F.)	70
(3) Das Erdbeerkrieg-Urteil, 1997.	70
f) Zusammenfassung	71

2. Die Aussagekraft der Wettbewerbsregeln hinsichtlich der unmittelbaren Drittwirkung der Grundfreiheiten.	72
a) Rückschlüsse aus der ausdrücklichen Nennung Privater als Adressaten der Wettbewerbsregeln.	72
b) Die Redundanz der Wettbewerbsregeln neben drittwirkenden Grund- freiheiten.	73
(1) Tatbestand.	74
(2) Rechtfertigung.	76
(3) Rechtsfolgen.	77
(4) Ziele.	77
c) Der begrenzte Schutz des Wettbewerbs als Argument gegen einen un- begrenzten Schutz des Binnenmarktes.	79
d) Rückschlüsse aus Art. 86 Abs. 2 EGV (Art. 90 Abs. 2 EGV a. F.) für die Drittwirkung der Grundfreiheiten.	81
e) Zusammenfassung.	83
3. Die Systematik der Kapitel.	83
4. Die Adressaten der Ausnahmeregelungen.	84
5. Der Schluß von den Sanktions- und Ausgestaltungsmöglichkeiten der Ge- meinschaftsorgane auf den Adressatenkreis der Norm.	85
6. Die Gefährdung der Kohärenz nationaler Rechtsordnungen.	86
7. Übertragbarkeit der Argumente wider eine Drittwirkung von Richtlinien ..	87
8. Beschränkung der Drittwirkung auf quasi-staatliche Private.	90
9. Zusammenfassung.	93
IV. Systematische Gründe für eine unmittelbare Drittwirkung.	94
1. Übertragbarkeit der Argumente für die Drittwirkung von Art. 141 EGV (Art. 119 EGV a. F.).....	94
a) Die Grundlagenqualität.	96
b) Die volle Wirksamkeit des Gemeinschaftsrechts.	97
c) Einheitliche Anwendung des Vertrages.	97
d) Zusammenfassung.	97
2. Das allgemeine Diskriminierungsverbot und seine Aussagekraft hinsicht- lich einer unmittelbaren Drittwirkung der Grundfreiheiten.	98
a) Der Geist des Vertrages.	98
b) Das Binnenmarktziel.	99
c) Der ethische Gehalt.	100

d) Die weite Fassung	101
e) Die Stellung	101
f) Zusammenfassung	102
3. Die Grundsätze des EuGH bei der Auslegung der Grundfreiheiten.	102
4. Die Vergleichbarkeit der Grundfreiheiten	103
5. Die Dynamik des Gemeinschaftsrechts	104
6. Zusammenfassung	105
V. Die teleologische Auslegung	106
1. Auslegung anhand der Präambel	106
a) Wahrung von Frieden und Freiheit durch Zusammenschluß der Wirtschaftskräfte	107
b) Beseitigung der Europa trennenden Schranken	109
2. Auslegung anhand der Artt. 2 und 3 EGV	110
a) Art. 2 EGV, die ausgewogene und harmonische Entwicklung des Wirtschaftslebens	110
b) Art. 3 lit. c) EGV, die Beseitigung der Hindernisse für einen Binnenmarkt	112
3. Auslegung anhand von Art. 5 Abs. 2 EGV (Art. 3b Abs. 2 EGV a. F.). . . .	115
4. Auslegung anhand eines allgemeinen Subsidiaritätsgedankens	117
VI. Zusammenfassung	119
§ 4 Beschränkungen der Grundfreiheiten durch autonomes Handeln Privater . . .	120
I. Das Ausmaß des allgemeinen Beschränkungsverbot.	121
1. Warenverkehr	121
2. Dienstleistungsfreiheit	122
3. Arbeitnehmerfreizügigkeit	122
4. Niederlassungsfreiheit	123
5. Schlußfolgerung	123
II. Einschränkung durch die Keck-Rechtsprechung	124
1. Übertragbarkeit der Keck-Rechtsprechung auf andere Grundfreiheiten _____	125
2. Literaturmeinungen zu Verkaufsmodalitäten und privatautonomen Verhaltensweisen	129

Inhaltsverzeichnis	11
3. Ratio der Keck-Rechtsprechung	131
4. Umsetzung der Ratio bei der Warenverkehrsfreiheit	133
5. Parallelen zu den Vertriebsmodalitäten bei den anderen Grundfreiheiten ..	134
6. Verhaltensweisen Privater, die unter die Keck-Rechtsprechung fallen . . .	136
a) Rechtliche Beschränkungen	136
b) Tatsächliches Verhalten	138
c) Beschränkungen durch Unterlassen	139
III. Analoge Anwendung des Spürbarkeitserfordernisses	141
IV. Einschränkung durch Art. 86 Abs. 2 EGV (Art. 90 Abs. 2 EGV a. F.)	145
V. Grenzen der unmittelbaren Anwendbarkeit	146
VI. Konkurrenz zu den Wettbewerbsregeln	147
1. Vorrangigkeit	148
2. Gleichrangigkeit	151
3. Rechtsprechung	154
VII. Teleologische Reduktion der Beschränkungstatbestände	156
1. Gruppenfreistellungen	160
2. „Rule of Reason“-Rechtsprechung	161
3. Zusammenfassende Fallgruppenbildung	162
VIII. Zusammenfassung	163
§ 5 Rechtfertigung von Beschränkungen der Grundfreiheiten durch Private	164
I. Schranken anderer drittwirkender Normen des Primärrechts	164
1. Art. 12 EGV (Art. 6 EGVa. F.)	164
2. Art. 141 EGV (Art. 119 EGVa. F.)	166
II. Die anerkannten Rechtfertigungsgründe der Grundfreiheiten	166
1. Diskriminierung	167
a) Rechtfertigungsgründe des freien Warenverkehrs	167
b) Rechtfertigungsgründe der Arbeitnehmerfreizügigkeit	168
c) Rechtfertigungsgründe der Dienst- und Niederlassungsfreiheit	169

2. Nicht-diskriminierende Beschränkungen	170
3. Legitimation Privater im Allgemeininteresse zu handeln	171
4. Zusammenfassung	172
III. Das Willkürverbot des Art. 30 S. 2 EGV (Art. 36 S. 2 EGV a. F.) als Schranke	173
IV. Immanente Schranken der Grundfreiheiten	174
1. Entwicklung und Inhalt der Grundrechte	174
2. Beachtung der Grundrechte bei der Auslegung der Grundfreiheiten	175
3. Prinzip des Abwägungsvorgangs	176
a) Interessen der Gemeinschaft	177
b) Interessen des Beschränkenden	178
c) Interessen des in seinen Grundfreiheiten Beschränkten	178
d) Gewichtung der Interessen bei diskriminierenden Beschränkungen der Grundfreiheiten	179
e) Gewichtung der Interessen bei nicht-diskriminierenden Beschränkungen der Grundfreiheiten	180
4. Abwägung mit einzelnen relevanten Grundrechten	180
a) Beschränkungen durch Verträge und die Vertragsfreiheit des Beschränkenden	181
b) Beschränkungen durch tatsächliches Verhalten und die allgemeine Handlungsfreiheit des Beschränkenden	184
c) Beschränkungen durch Satzungen und Beschlüsse und die Vereinigungsfreiheit des oder der Beschränkenden	184
d) Beschränkungen durch Streiks und die Koalitionsfreiheit der Beschränkenden	186
e) Beschränkungen durch Proteste und Demonstrationen und die Versammlungsfreiheit der Beschränkenden	187
f) Beschränkungen durch Buy-national-Kampagnen sowie Boykottauffufe und die Meinungsfreiheit der Beschränkenden	188
g) Berufsfreiheit	191
5. Dogmatische Einordnung der immanenten Schranken	192
V. Zusammenfassung	194

§ 6 Rechtsfolgen und gerichtliche Durchsetzbarkeit der drittwirkenden Grundfreiheiten	195
I. Anerkannte Zivilrechtsfolgen bei Verstoß gegen europäisches Primärrecht ...	196
1. Zivilrechtliche Folgen bei Verstoß gegen Wettbewerbsrecht	196
2. Zivilrechtliche Folgen bei Verstoß gegen Art. 12 EGV (Art. 6 EGV a. F.) ..	198
3. Zivilrechtliche Folgen bei Verstoß gegen Art. 141 EGV (Art. 119 EGV a. F.)	198
4. Zivilrechtliche Folgen bei Verstoß gegen Art. 7 Abs. 4 VO Nr. 1612/68/EWG	199
II. Rechtsfolgen bei Verstoß gegen die Grundfreiheiten	199
1. Nichtigkeit	200
a) Nichtigkeitsnorm	201
b) Umfang	202
2. Schadensersatz	203
a) Anspruchsgrundlage	203
b) Tatbestand	204
c) Umfang	206
3. Unterlassens- und Beseitigungsansprüche	209
4. Kontrahierungszwang	210
III. Gerichtliche Durchsetzung der Rechtsfolgen	210
1. Beweiserleichterungen für den Kläger	211
2. Schiedsvereinbarungen	212
3. Vergleiche vor Gericht	213
4. Richterliche Aufklärungs- und Hinweispflicht	214
5. Vorlagepflicht	216
IV. Zusammenfassung	218
§ 7 Schlußbetrachtung	219
I. Ergebnisse dieser Untersuchung	219
1. Zur Einleitung	219
2. Zur Rechtsprechung des Gerichtshofs	219

3. Zu Privaten als Adressaten der Grundfreiheiten	220
4. Zu Beschränkungen durch autonomes Handeln Privater	221
5. Zur Rechtfertigung von Beschränkungen durch Private	221
6. Zu Rechtsfolgen und gerichtlicher Durchsetzbarkeit	222
II. Das Drittwirkungskonzept im System europäischen Privatrechts	222
III. Anhang: Prüfungsschema	224
Literaturverzeichnis	225
Sachwortverzeichnis	242